

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 777 vom 01.10.2020

Editorial: Kein Respekt vor Wählern? Eine Mahnung an die Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Steglitz-Zehlendorf. – Nur an diese?

Liebe Leser,

haben Sie schon 'mal daran gedacht, nach der Lektüre Ihrer Zeitung und dem Hören / Sehen eines zu kritisierenden Beitrages in den übrigen Medien sich schriftlich und kritisch-konstruktiv dazu zu äußern? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Es ist eine gewichtige Grundlage unserer Demokratie, sich respektvoll mit verschiedenen Meinungen auseinanderzusetzen. Früher hieß es 'mal: „Besser reden, als aufeinander zu schießen!“ Diese Verhältnisse haben wir gegenwärtig nicht. Aber warum funktioniert diese Demokratische Auseinandersetzung zu großen Teilen nicht. Warum antworten staatliche Stellen, politische Parteien, Medien nicht auf Anfragen kritischer Bürger?

So sieht eben unsere Erfahrung in Teilen des politischen Raumes aus: Unser hochaktuelles Beispiel sind die politischen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Steglitz-Zehlendorf. Lediglich die Freie Demokratische Partei (FDP) bestätigte den Empfang unseres Schreibens, in dem wir nach der „wissenschaftlichen Grundlage“ fragten, auf der die Entscheidung zur Umbenennung des Maerckerwegs erfolgte. Die FDP hat dann auch konkret geantwortet. Die genannten „Grundlage“ für die Entscheidung trifft wohl auch auf die übrigen Fraktionen zu – der Vortrag eines Fotografen (!) aus der staatlich hoch subventionierten „Decolonization-Bewegung“ (!) in einem Ausschuss der BVV über die kriegerischen Auseinandersetzungen des Deutschen Reiches im damaligen Deutsch-Südwest mit den Nama und den Hereros, also einem Zeitraum, in dem der spätere General Maercker in einem kurzen Abschnitt seines langen Lebens anwesend war. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt: die CDU-Fraktion hat geschrieben, ohne zu antworten, die Antragstellenden und beigetretenen Fraktionen zum Umbenennungsantrag – Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen - hüllen sich in Schweigen. Aus Scham? Wohl kaum. Diese Parteien meinen wohl, dass sie sich mit Teilen der Bevölkerung (und ihrer Wähler, denn wir sind „regional definiert“ und überparteilich) nicht auseinandersetzen müssen, weil das nur stören könnte beim Schmieden von neuen Koalitionen. Ach ja, da wäre ja noch die AfD, die den Anspruch erhebt, für die konservativen Inhalte die Nachfolge der CDU angetreten zu haben: Sie hatte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, übrigens mit einer seltsamen Begründung: *„Nicht einfach in der Abwägung sind solche Fälle, in denen die zu würdige Person sowohl Verdienste erworben hat, aber auch mit Recht deutlich kritisiert werden kann und muss. Vor diesem Hintergrund haben wir uns für eine Enthaltung entschieden“*. (15.09.2020)

Fazit: Kritische Anfragen aus dem Wahlvolk sind den gewählten Vertretern lästig. Sie zu beantworten ist oft zeitaufwendig. Sie müssten sich mit dem Thema mehr beschäftigen, sich sachkundig machen durch Information von ausgewiesenen Fachleuten oder – in diesem Fall – zumindest durch Lesen des aktuellen Standardwerkes zu General Maercker von Claus Kristen (Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution. Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. (Stuttgart) Schmetterling Verlag (2018). 305 Seiten. € 19,80), dessen Erscheinen durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert worden sein soll oder auch nur unser Papier lesen, das allen Fraktionen zugegangen ist und auf unseren Leitseiten aktualisiert verfügbar sein wird!

Es grüßt landsmannschaftlich und herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke

